

Antrag an die 29. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Lübeck

Antragstellerin: LAG Saarland

Gegenstand des Antrags:

Förderung der gesellschaftlichen und politischen Anerkennung der Wechseljahre als gesamtgesellschaftliches Thema und Einführung von Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen in dieser Lebensphase.

Adressat*innen:

- **Bundesministerien** (insbesondere das Bundesministerium für Gesundheit, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)
- **Landesministerien und kommunale politische Gremien**
- **Gesundheitsbehörden**
- **Arbeitsmarktinstitutionen und Arbeitgeberverbände**
- **Gesetzgeber*innen**

Antrag:

Der Bundeskongress der Kommunalen Frauenbeauftragten wird gebeten, den nachstehenden Antrag an die genannten **politischen Institutionen** und **Ministerien** weiterzuleiten und auf eine **zeitnahe Umsetzung** der folgenden Forderungen hinzuwirken:

1. **Anerkennung der Wechseljahre als gesellschaftliches und politisches Thema:** Die Wechseljahre sollen als gesamtgesellschaftliches Thema anerkannt werden. Es wird gefordert, dass der Diskurs über die Wechseljahre aus der Tabuzone geholt und in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht wird. Dazu gehören **Öffentlichkeitskampagnen** zur Aufklärung und **Förderung von Bildungsprogrammen**.
2. **Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen in den Wechseljahren am Arbeitsplatz:**
 - a) **Gesetzgeberische Initiativen** zur Schaffung von flexiblen Arbeitszeitmodellen und der Förderung von **Work-Life-Balance** für Frauen in den Wechseljahren.
 - b) Schulungsmaßnahmen für **Arbeitgeber*innen**, um **Diskriminierung** aufgrund der Wechseljahre zu vermeiden und ein respektvolles Arbeitsumfeld zu schaffen.
 - c) Die Integration von **wechseljahresspezifischen Gesundheitsfragen** in die betriebliche Gesundheitsförderung.
3. **Stärkung der medizinischen Versorgung und Weiterbildung:**
 - a) **Medizinische Fortbildung** für Ärzte und Ärztinnen zu den Themen Wechseljahre, Hormonersatztherapie (HRT) und nicht-hormonellen Alternativen.
 - b) Die Einführung von **Wechseljahressprechstunden** und **Spezialambulanzen** an öffentlichen Kliniken und Gesundheitszentren, die auf die individuelle Beratung und Behandlung von Frauen in den Wechseljahren fokussieren.
 - c) Der Ausbau von **Präventions- und Behandlungsangeboten**, die auch nicht-hormonelle Optionen und ganzheitliche Ansätze berücksichtigen.
4. **Erweiterung der Forschung zu den Wechseljahren und deren langfristigen Auswirkungen:** Es wird gefordert, dass mehr **staatliche Mittel** in die Forschung zu den gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Wechseljahre investiert werden, insbesondere in Bezug auf **Osteoporose, Herz-Kreislaufkrankungen** und **psychische Gesundheit**.

5. **Bessere Integration der Wechseljahre in die Gesundheits- und Sozialpolitik:** Die Wechseljahre sollen stärker in die gesundheitspolitische Agenda aufgenommen und mit entsprechenden **gesetzgeberischen Maßnahmen** zur Förderung der Gesundheitsversorgung und sozialen Teilhabe von Frauen während und nach den Wechseljahren unterstützt werden.

Begründung:

Die Wechseljahre betreffen mehr als die Hälfte der Bevölkerung, doch wird dieses Thema in der Gesellschaft häufig ausgeklammert und tabuisiert. Frauen, die sich in dieser Lebensphase befinden, erfahren oft nicht nur **mangelnde Unterstützung** durch das Gesundheitssystem, sondern auch **diskriminierende Erfahrungen** am Arbeitsplatz. Dabei sind die Wechseljahre ein natürlicher Teil des Lebens, der jedoch erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden von Frauen hat. Es ist an der Zeit, dass die Wechseljahre als ein **politisches Thema** anerkannt werden, das eine **ganzheitliche** und **interdisziplinäre Lösung** erfordert.

Die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, die mit den Wechseljahren verbunden sind, müssen dringend in den Fokus geraten, insbesondere im Hinblick auf **Arbeitsmarktintegration, Gesundheitsversorgung** und **Prävention**. Der Antrag fordert eine verstärkte **Aufklärung**, eine **bessere medizinische Versorgung** und **arbeitsrechtliche Maßnahmen**, um Frauen in dieser wichtigen Lebensphase zu unterstützen.

Schlussbemerkung:

Die Wechseljahre sind ein Thema, das zu lange übersehen wurde. Um **Gleichstellung** und **Wohlbefinden** für Frauen in dieser Lebensphase zu fördern, ist es notwendig, dass alle relevanten politischen Ebenen handeln und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Der Bundeskongress der Kommunalen Frauenbeauftragten wird gebeten, diesen Antrag an die zuständigen Stellen weiterzuleiten, um eine breite gesellschaftliche und politische Veränderung in der Anerkennung und Unterstützung von Frauen in den Wechseljahren herbeizuführen.